

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
202 · Ausgabe Region Bern · Oktober 2022

SP

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG VOM 27. NOVEMBER 2022

Mehr Platz für Velos beim Bahnhof: Ja zur Velostation Welle 7

Beim Bahnhof Bern besteht ein grosser Mangel an Veloabstellplätzen. In der Welle 7 ist deshalb eine neue Velostation mit 660 Plätzen geplant. Mit der versuchsweisen Gratisparkierung während 24 Stunden soll zudem die Benutzung der Velostationen gefördert werden.



Michael Sutter,
Stadtrat und Vizepräsident
der SP/JUSO-Fraktion

Bezüglich der Veloparkierung beim Bahnhof Bern besteht grosser Handlungsbedarf. Mit 4700 Abstellplätzen wird das erklärte Ziel von 10 000 Plätzen nicht einmal zur Hälfte erreicht. Während die oberirdischen Abstellplätze stark überbelegt sind, sind die bestehenden Velostationen zum Teil nicht ausgelastet. Dies betrifft in erster Linie Standorte, die schlecht erschlossen oder ungenügend signalisiert sind. Im Rahmen der Umgestaltung des Hirschengrabens fallen zusätzlich über 500 stark genutzte Abstellplätze weg. Dort, wo die Platzverhältnisse besonders eng sind, bestehen auch Konflikte zwischen Veloparkierung und Fussverkehr, was insbesondere Menschen mit Rollstühlen, Rollatoren oder Kinderwagen den Zugang zum Bahnhof erschwert.

Neue Velostation in der Welle 7

Um das Angebot an Veloabstellplätzen aus-

zubauen und die wegfallenden Plätze beim Hirschengrabens zu ersetzen, soll im Erdgeschoss der Welle 7 eine neue Velostation erstellt werden, die Platz für 660 Velos bietet. Der Standort in unmittelbarer Nähe zu den Gleisen ist ideal für Pendler*innen, die aus dem Westen mit dem Velo zum Bahnhof fahren. Um eine möglichst gute Erschliessung zu gewährleisten, wird die Zufahrt via Merkurgässchen klar signalisiert und sicher ausgestaltet. Das verbessert auch den Zugang zur bestehenden Velostation im Postparc.

Pilotversuch für Gratisparkierung

Gleichzeitig mit der Inbetriebnahme der neuen Velostation startet ein Pilotversuch, der die Benutzung der Velostationen attraktiver machen und ihre Auslastung erhöhen soll. Nach dem Vorbild anderer Städte können die Velostationen Postparc und Welle 7 während 24 Stunden kostenlos benutzt werden. Gleichzeitig wird die Parkierdauer auf den oberirdischen Veloparkplätzen Schanzenbrücke und Hirschengrabens auf maximal drei Tage beschränkt. Der Pilotversuch wird wichtige Erkenntnisse darüber liefern, wie das Angebot an Veloabstellplätzen zukünftig auszugestaltet ist. Verläuft er erfolgreich,

muss dieses Modell später unbedingt auf alle Velostationen ausgeweitet werden.

Weitere Massnahmen nötig

Die neue Velostation in der Welle 7 ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung von mehr Veloabstellplätzen beim Bahnhof. Um den tatsächlichen Bedarf an Veloabstellplätzen zu decken und das Ziel von 10 000 Plätzen möglichst rasch zu erreichen, braucht es jedoch weitere Massnahmen. Ergänzend zu den Velostationen ist auch ein ausreichendes Angebot an oberirdischen Abstellplätzen sicherzustellen. Um im stark genutzten Bahnhofsumgebung tragfähige Lösungen zu finden, ist eine enge Zusammenarbeit mit allen Beteiligten entscheidend. Vor allem die SBB stehen hier in der Pflicht, geeignete Flächen zur Verfügung zu stellen. Schliesslich sind es vornehmlich ihre Kundinnen und Kunden, die den grossen Bedarf an Veloabstellplätzen verursachen.

REFERENDUM DER SVP

Im Januar hat der Stadtrat mit 59 zu 12 Stimmen dem Kredit in der Höhe von 2,43 Millionen Franken für den Bau einer neuen Velostation in der Welle 7 und deren Betrieb bis Juni 2025 sehr deutlich zugestimmt. Die SP/JUSO-Fraktion hat das Geschäft einstimmig unterstützt. Weil die SVP das Referendum dagegen ergriffen hat, kommt es am 27. November zur Abstimmung.

FÜNFTE SOZIALDEMOKRATISCHE STÄDTEKONFERENZ IN BERN

Städte analog und digital umgestalten

Am Samstag, 17. September, fand in Bern die fünfte sozialdemokratische Städtekonferenz mit zahlreichen Gästen aus der ganzen Schweiz statt. Auf Rundgängen durch Bern wurden von prominenten Guides aktuelle Themen der städtischen Politik vorgestellt. Der Nachmittag stand im Zeichen des digitalen Wandels. Die drei Stadtpräsident:innen von Genf, Luzern und St. Gallen diskutierten über sozialdemokratische Ideen zur Digitalisierung der Schweizer Städte.

Zahlreiche Gäste aus städtischen SP-Sektionen aus der ganzen Schweiz sowie Vertreter:innen der SP Schweiz nahmen am Anlass teil. Gastgeberin war die SP Stadt Bern. Entsprechend begrüsst die Co-Präsidentinnen Lena Allenspach und Meret Schindler die Genoss:innen und führten durchs Programm.

Was Städte heute besonders lebenswert macht – öffentliche Schulen und Kinderbetreuung, Freizeit- und Erholungsangebote, öffentliche Verkehrsmittel und ein funktionierender Service public – ist nicht zuletzt der SP zu verdanken. Verschiedene Stadtrundgänge durch Bern waren aktuellen Themen der städtischen Politik gewidmet. So führte etwa Nationalrätin Tamara Funiello unter dem Titel «Melting Pot Bern-West» durch den Berner Westen. Mit den Nationalratsmitgliedern Nadine Masshardt (Stadtrundgang «Partizipation im Quartier») und Matthias Aebischer (Stadtrundgang «Dichte Altstadt mit Zukunft») sowie Regierungsrätin Evi Allemann (Stadtrundgang und Referat «Klimaanpassungen») standen weitere prominente Guides im Einsatz. Auch Berns Veloinfrastruktur war ein eigener Rundgang gewidmet, unter der fachkundigen Leitung von Gemeinderätin

Marieke Kruit, Direktorin für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün.

Digitaler Service public

Den Auftakt des Nachmittagsprogramms im Progr bildete ein aufschlussreiches Referat von Flurina Wäspi, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Berner Fachhochschule (BFH), über die Auswirkungen des digitalen Wandels. In der anschliessenden Podiumsdiskussion, die von Stadträtin Ingrid Kissling hervorragend moderiert wurde, sprachen Sami Kanaan, Stadtpräsident von Genf, Maria Pappa, Stadtpräsidentin von St. Gallen, und Beat Züsli, Stadtpräsident von Luzern, über Erfahrungswerte und Lösungsansätze in ihren Städten, was die digitale Transformation angeht. Eine der diskutierten Fragestellungen lautete: «Was können wir dafür tun, damit die Digitalisierung in Schweizer Städten nicht zu dystopischen «Smart Cities» wie beispielsweise im Silicon Valley führt, sondern zu Städten, die ein gutes Leben für alle ermöglichen?» Hier waren sich die Podiumsteilnehmenden weitgehend einig, dass es Lösungen mit Augenmass braucht und Schwächere angesichts der rasanten Entwicklung nicht abgehängt werden dürfen. Dies entspricht denn auch der Haltung der Gastgeberin und Organisatorin

der Konferenz, der SP Stadt Bern. «Damit die Stadt der Zukunft lebenswert bleibt, müssen wir auch die Digitalisierung mit sozialdemokratischen Ideen füllen», sagt Co-Präsidentin Lena Allenspach.

Eva Schmid, Parteisekretärin SP Stadt und Region Bern



Die Konferenz-Gastgeberinnen Meret Schindler (links) und Lena Allenspach (rechts), Co-Präsidentinnen der SP Stadt Bern, bei ihrer Begrüssungsrede im Progr.



Progr, Bern: Genoss:innen aus ganz verschiedenen Schweizer Städten besuchten die SP-Städtekonferenz.



Gemeinderätin Marieke Kruit (links) und Gemeinderat Michael Aebersold (rechts) geben einen Einblick in die aktuellen Ansätze in der Stadt Bern punkto Digitalisierung.



Die Berner Nationalratsmitglieder Nadine Masshardt (links) und Matthias Aebischer (rechts), zuvor als Stadtführer:innen im Einsatz, verfolgen die Podiumsdiskussion.



Stadträtin Ingrid Kissling moderiert die Podiumsdiskussion unter dem Titel «Digitaler Service public für die Städte».



An der Podiumsdiskussion nehmen teil (v. l. n. r.): Beat Züsli (Stadtpräsident Luzern), Ingrid Kissling (Moderatorin), Maria Pappa (Stadtpräsidentin St. Gallen) und Sami Kanaan (Stadtpräsident Genf).



OK-Präsidentin Barbara Breitenstein und Konferenz-Sekretärin Joanna Bärtsch stellen die Stadtrundgänge vor.



Unsere Zukunft statt ihre Profite!

Waldbrände, Trockenheit, Dürren und Überschwemmungen – das sind die Folgen der Ausbeutung unserer Umwelt durch das kapitalistische, profitorientierte Wirtschaftssystem! Für eine Zukunft auf diesem Planeten müssen wir die Profiteur:innen dieses Systems zur Kasse bitten. Und zwar JETZT!

Die Klimakrise ist längst keine Krise mehr – sie ist eine Katastrophe! Pakistan wurde in diesem Jahr bereits von Hitzewellen heimgesucht. Nach extremem Monsunregen sind nun grosse Teile des Landes überschwemmt. Ungefähr 33 Millionen Menschen sind von den Überschwemmungen betroffen. Hunger, verschmutztes Trinkwasser, Krankheit und Armut sind die Folgen für viele der Betroffenen. Und diese Naturkatastrophe ist kein Einzelfall. Die Liste der Naturkatastrophen ist bereits jetzt erschreckend lang. Der menschengemachte Klimawandel kostet Menschenleben.

Diesen schrecklichen Preis zahlen vor allem jene, die von den Ursachen für diese Katastrophe nicht profitiert haben. Die Gewinne, die mit der Ausbeutung und Zerstörung unseres Planeten gemacht wurden und werden, flossen und fliessen vor allem in den globalen Norden. Die Zahl der Milliardäre und ihre Vermögen haben in der Schweiz in den letzten Jahren stark zugenommen. Von einem kapitalistischen System, das unsere Erde zerstört, profitieren vor allem die Superreichen – den Preis jedoch zahlen wir alle!



Paula Zysset, Co-Präsidentin
JUSO Stadt Bern

Zusätzliche Mittel für eine wirksame, soziale und ernsthafte Klimapolitik

Wir müssen jetzt handeln, denn das Ausmass der Krise wird von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat grösser. Es existieren bereits zahlreiche Vorschläge und Ansätze für eine wirksame und ernsthafte Klimapolitik. Diese werden jedoch oft weder umgesetzt noch finanziert. Deshalb hat die JUSO am 17. August die *Initiative für eine Zukunft* lanciert. Die Initiative will, dass über zusätzliche Mittel die Finanzierung einer wirksamen, sozialen und ernsthaften Klimapolitik sichergestellt wird. Denn die JUSO ist überzeugt: Die Bekämpfung der Klimakrise darf nicht auf die Individuen abgeschoben werden. Lassen wir das zu, können sich die Profiteur:innen eines ausbeuterischen Wirtschaftssystems munter weiter an der Zerstörung unseres Planeten bereichern.

Zukunftssteuer auf Erbschaften und Schenkungen

Die *Initiative für eine Zukunft* fordert, dass auf Erbschaften und Schenkungen eine Zukunftssteuer erhoben wird. Besteuert werden Erbschaften und Schenkungen ab

einem Freibetrag von 50 Millionen Schweizer Franken, mit einem Steuersatz von 50 Prozent. Die so zusätzlich gewonnenen finanziellen Mittel werden für eine effektive Klimapolitik eingesetzt. Betroffen von dieser Steuer sind nur Personen, welche mehr als 50 Millionen Franken vererben beziehungsweise verschenken können. In der Schweiz sind das rund 2000 Personen. Die *Initiative für eine Zukunft* will so verhindern, dass die 99 Prozent die Kosten der Klimakatastrophe tragen müssen. Stattdessen sollen die rund 2000 Superreichen in der Schweiz zur Kasse gebeten werden. Wer von dieser Krise profitiert, soll auch dafür bezahlen!

Wir wollen eine Zukunft – auch für die nächsten Generationen. Deshalb heisst es jetzt: Aktiv werden, umdenken und nicht mit «business as usual» weiterfahren! Dazu gibt die *Initiative für eine Zukunft* den Anstoss.

Weitere Informationen und Möglichkeiten zur Unterstützung sind auf www.zukunft-initiative.ch zu finden.

Merci für deine Unterstützung!